

AUSSCHUSS BODENPOLITIK

IN DER DEUTSCHEN AKADEMIE FÜR STÄDTEBAU UND LANDESPLANUNG

KONTEXT :

Die Bodenpreise funktionieren gegenwärtig wie Verstärker vorhandener, stadtentwicklungspolitisch relevanter Trends. In Wachstumsregionen verteuern sie das Wohnen, in Schrumpfungsregionen destabilisieren sie die private Altersvorsorge auf Basis von (Wohn)eigentum. Unter anderem diese Symptome sind Anlässe dafür, dass bodenpolitische Fragen wieder grundsätzlich diskutiert werden und dass die Diskussion aus der Weltverbesserer-Nische heraus getreten und in den Leitmedien angekommen ist.

Die DASL hat diese „Bewegung“ weitestgehend distanziert betrachtet und bisher keinen aktiven Beitrag dazu geleistet. Die Akademieversammlung hat nun am 13. Oktober 2017 in Berlin das Präsidium einstimmig beauftragt, sich zur Bodenfrage mit einer Stellungnahme an die Bundesregierung zu wenden.

Die Frage, mit welcher Intensität sich die DASL mit ihrem spezifischen praxisorientierten und gleichwohl langfristigen und grundsätzlichen Anspruch der Bodenfrage widmet und welche Wirkung sie sich von dieser Beschäftigung für sich und für die Stadtentwicklungspolitik erhofft ist damit noch nicht geklärt.

Dieses für unsere Profession und die Stadtentwicklung fundamentale Thema darf nicht in kurzfristigem Aktionismus verheizt werden. Es geht also zunächst darum, durch das Präsidium einen klar abgesteckten Arbeitsauftrag zu formulieren. Wenn die Akademie sich zu einem relativ späten Zeitpunkt in die zumindest in Fachkreisen und auf kommunaler Ebene laufende Debatte einschaltet, muss damit eine neue, bislang noch nicht formulierte Stoßrichtung und Positionierung verbunden sein.

ZIELE :

Es wird vorgeschlagen, wegen der grundsätzlichen und langfristigen Bedeutung des Themas „als Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft der Europäischen Stadt“ durch Präsidiumsbeschluss einen neuen „Ausschuss Bodenpolitik“ einzurichten. Er soll sich mit Perspektive EU-Ratspräsidentschaft 2020 und Bundestagswahl 2021 kontinuierlich und in verschiedenen – noch zu bestimmenden - Handlungsfeldern mit bodenpolitischen Themen beschäftigen und zu aktuellen Aspekten der Debatte Stellung beziehen. Der Ausschuss soll sich - in Kooperation mit den bestehenden Ausschüssen Planungsrecht/Europa und Städtebau/Stadtentwicklung die DASL - in der bodenpolitischen Debatte durch einen langen, kontinuierlichen Atem auszeichnen.

Der Ausschuss Bodenpolitik wird die laufenden Debatten um die Bodenpolitik kritisch und kommentierend begleiten, in 2019 ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema durchführen, Wahlprüfsteine für die nächste Bundestagswahl entwickeln und Vorschläge entwickeln, wie das Thema Bodenpolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verankert werden kann.

DIMENSIONEN UND THEMEN :

- Bodenpolitische Grundsatzfragen (Verteilungsgerechtigkeit, Eigentumsbegriff, Gemeinwohlanpruch...). Wirkungen auf den gesellschaftspolitischen Diskurs zum sozialen Frieden in der Stadt
- Umgang mit Boden- und Immobilienbesitz von Bund, Ländern und Gemeinden (nachhaltige Bodenvorratspolitik/Bodenfonds, Veräußerungsverbot, Konzeptausschreibung, Erbbaurecht): Wirkungen auf soziale Wohnungsversorgung und nachhaltige Stadtentwicklung sowie auf die Steuerungsfähigkeit der Kommunen
- Steuerrecht (Grundsteuerreform/ Bodenwertsteuer, Grunderwerbssteuer, AfA, AGO): Wirkungen auf Flächen- und Preisentwicklung
- Wohnungspolitik (Förderung, öffentliche Wohnungsunternehmen/Wohnungsgemeinnützigkeit, Genossenschaften): Wirkungen auf Preisentwicklung, lokale Steuerung, Quartiersentwicklung und städtebauliche Qualität
- Boden- und Planungsrecht (Planungswertausgleich/ Bodenwertzuwachssteuer/ Infrastrukturabgabe, neuer Typus von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, preislimitiertes und erweitertes Vorkaufrecht, Gemeinwohlbindungen im unbeplanten Innenbereich): Novelierungsbedarf BauGB und Wirkungen auf kommunale Handlungsfähigkeit und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung.

KOOPERATIONEN :

Der Ausschuss sollte eng mit anderen bodenpolitisch aktiven Akademien, Berufs- und Fachverbänden, Forschungsinstituten etc. kooperieren, um effektiv zu arbeiten und Schnittstellenprobleme zu vermeiden. (z.B. ARL, SRL, BDA, Werkbund, DV, vhw, Difu, Deutscher Städtetag)

Frauke Burgdorff und Stephan Reiß-Schmidt im Sommer 2018